

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXII/81

Bad Godesberg, den 28. April 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

1 - 2

Schranken überwinden !

57

Atomsperrvertrag und die Politik der Entspannung

2

.....EVERS.....

32

Viele Fragen blieben unbeantwortet

3

Marine wünscht Klarheit

50

Rückstände im Bauprogramm

4 - 7

Kriminalität nimmt zu

80

Ein Blick auf die Kriminalstatistik für 1966

Von Karl Meyer †

* Der Verfasser dieses Artikels, Karl Meyer, ist am 6. April *
* 1967 gestorben. Der Tod ereilte Karl Meyer in einem Augen- *
* blick, als er im Begriff war, einige größere journalistische *
* Arbeiten vorzubereiten. Der nachstehende Beitrag über das *
* Anwachsen der Kriminalität lag auf Karl Meyers Schreibtisch, *
* als ihn der Tod aus unserer Mitte riß. *
* Die Redaktion. *

Herausgeber: SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH, 53 Bonn 1, Postfach

Büro: Baunscheidtstraße 17 • Telefon: Geschäftsführung 21901/319 • Redaktion 21831/32 • Telex: 5886890

Verantwortlich für die Redaktion: Chefredakteur Günter Markscheffel

Schranken überwinden !

Atomsperrvertrag und die Politik der Entspannung

G.M. - Die hochinteressante Bundestagsdebatte über den die Gemüter schon seit Monaten bewegenden Atomsperrvertrag hat außer einigen bemerkenswerten Details sehr deutlich gemacht, so die Schwerpunkte der gegenwärtigen und zukünftigen deutschen Außenpolitik liegen. Es hat sich erwiesen, daß ein Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen die deutsche Politik vor die Frage stellt, welchen eigenen Beitrag sie zur Abrüstung und Entspannung in Europa leisten kann oder will. Der heißumstrittene Atomsperrvertrag ist nur ein Teil dieses Problems.

Die neue Bundesregierung hat es als ihr Ziel bezeichnet, das Verhältnis der Bundesrepublik auch zu ihren östlichen Nachbarn zu normalisieren, ohne dabei die Interessen des deutschen Volkes außer acht zu lassen. Dieses Ziel ist aber nur zu erreichen, wenn der Weg dorthin sichtbare Zeichen dafür zeigt, daß die Bundesrepublik an der Gestaltung einer gesicherten Friedensordnung in Europa interessiert ist.

Willy Brandt hat diesen Gedanken in seinem Artikel zum Mai so formuliert:

- * "Wir Deutsche können und dürfen nicht Fortschritte in der Entspannung zwischen Ost und West mit der Forderung blockieren, zuvor müßten Fortschritte in der deutschen Frage bescheinigt werden.
- * Fortschritte in der deutschen Frage werden möglich sein, wenn es gelingt, das Problem des gespaltenen Deutschlands in den Rahmen einer europäischen Friedensordnung einzubeziehen. Welche Fortschritte es für Deutschland gibt, wenn die Spaltung Europas abgeschwächt und zumindest in wichtigen Bereichen überwunden wird, das wird zu einem guten Teil von der Überzeugungskraft der deutschen Politik und davon abhängen, wie wir unsere Initiativen fortsetzen.
- * Durch Störversuche - ganz gleich, ob sie von der furchtsamen Einheitspartei oder von anderen, die heute noch in den veralteten Kategorien des Kalten Krieges denken, unternommen werden - sollten wir uns nicht vom eingeschlagenen Weg drängen lassen. Es wird die Zeit kommen, in der ganz Europa überzeugt ist, daß es in Ost und West über alle Gräben hinweg ein gemeinsames Schicksal zu meistern gilt. Dieses Schicksal kann nur durch eine dauerhafte Friedensordnung zum Guten gewendet werden."

Auf die Diskussion über den Atomsperrvertrag angewandt bedeutet dies, daß die Bundesrepublik bei Wahrung berechtigter Interessen nicht in den Verdacht geraten darf, sie wolle doch durch gewisse Vorbehalte vertraglichen Regelungen über die Weiterverbreitung von Atomwaffen in Wege stehen. Wenn es heute die gemeinsame Ansicht aller im Bundestag vertretenen Parteien ist, daß die deutsche Frage und eine Friedensregelung für Europa nur im Zuge der Entkrampfung einer Lösung nähergeführt werden können, dann muß die Bundesregierung, gerade im Zusammenhang mit dem Atomsperrvertrag, von sich aus das weiter gesteckte Ziel eines gleichwertigen Rüstungsstopps in West und Ost und schließlich eine Verringerung der Rüstungen anstreben. Anderenfalls würde sogar das Zustandekommen eines Atomsperrvertrages nur ein Teil dessen sein, was man heute mit dem Begriff "Entspannungspolitik in Europa" verbindet.

Mit dem Glaubhaftmachen der Bereitschaft der neuen Bundesregierung, sich an der Lösung dieser Aufgabe aktiv zu beteiligen, steht und fällt der Versuch, die Schranken zu überwinden, die in der Zeit des Kalten Krieges mitten durch Europa gezogen wurden. Es kann sein, daß Versuche dieser Art nicht sehr bald zu sichtbaren Erfolgen führen; es kann sogar Rückschläge geben. Falsch wäre es jedoch, nur deshalb die Hände in den Schoß legen zu wollen und darauf zu verzichten, immer wieder der Welt zu zeigen, daß die Bundesrepublik Deutschland das Entstehen einer gesicherten Friedensordnung in Europa nicht blockiert.

+ + +
EVERS...

Viele Fragen blieben unbeantwortet

sp - Der ehemalige Regierungsdirektor im Bundesverteidigungsministerium, Karl Evers, hat milde Richter gefunden. Da jedoch demnächst ein zweiter Prozeß stattfindet, dürfte zu den jetzt verhängten dreißig Monaten Gefängnisstrafe noch eine weitere Strafe hinzukommen. Acht Monate werden in jedem Fall auf die Untersuchungshaft angerechnet. - Hier geht es aber nicht um "Richterschelte". Uns interessiert in diesem Zusammenhang in erster Linie die Frage, wie der ehemalige Regierungsdirektor im Bundesverteidigungsministerium jahrelang buchstäblich in der Korruption schwimmen konnte, ohne daß dies jemandem rechtzeitig aufgefallen wäre. Schon die Berufung des Herrn Evers ins Bundesverteidigungsministerium läßt vermuten, daß eine gewisse Kameraderie, anknüpfend an die "guten alten Zeiten unter Hitler", nicht ganz ausgeschlossen scheint. Man holte Herrn Evers in eine wichtige Schlüsselposition, weil er im ehemaligen Luftfahrtministerium Görings bereits als "hervorragender Fachmann" qualifiziert gewesen sein soll. Ob sich diese Qualifikation auf eine schon damals beachtliche Korruptionsfreudigkeit bezog oder auf fundiertes technisches Wissen, verbunden mit kaufmännischer Gewandheit, läßt sich wohl nicht mehr so genau feststellen. Herr Evers meinte jedenfalls einmal im Verlaufe des Prozesses, das Nehmen und Geben von Geschenken sei auch "damals schon üblich" gewesen. Unseres Wissens hat sich trotz dieser aufschlußreichen Bemerkung des Herrn Evers bis heute keiner seiner damaligen Kameraden protestierend zu Worte gemeldet.

Von dem ominösen Konto in der Schweiz, dessen Existenz Herr Evers keineswegs bestritten hat, wird wohl im nächsten Prozeß erst die Rede sein. Auch in diesem Zusammenhang machte der ehemalige Regierungsdirektor eine Bemerkung, an die heute schon erinnert werden soll. Nach besagtem Konto befragt, erklärt Herr Evers mit schöner Selbstverständlichkeit: "Ich habe ein solches Konto, wie alle Menschen heutzutage." - Sicher meinte Herr Evers keineswegs wortwörtlich "alle" Menschen. Vielleicht gelingt es im nächsten Prozeß, zu klären, was Herr Evers damit gemeint hat. Hoffentlich!

Marine wünscht Klarheit

Rückstände im Bauprogramm

Es - Es unterliegt keinem Zweifel mehr: Die Sparprogramme der Bundesregierung werden auch ihren Einfluß auf die Ausrüstung der Bundesmarine mit neuen Schiffen haben. Man muß davon ausgehen, daß nicht alle gewünschten Kampfschiffe bestellt werden und vor allem nicht zu dem gewünschten Zeitpunkt geliefert werden. So wie die Lage ist, muß eine Reduzierung der Marinewünsche und eine zeitliche Streckung ins Auge gefaßt werden.

An sich hätte die Schiffsausrüstung bei der deutschen Bundesmarine bereits viel weiter sein müssen, und zwar unabhängig von den in Bonn notwendig gewordenen Etatsersparungen. Das beste Beispiel dafür ist die U-Boots-Waffe, die jetzt allmählich die Misere mit dem a-magnetischen Stahl überwindet. Bis Ende dieses Jahres sollten ursprünglich nach den NATO-Dokumenten dreißig U-Boote kampfbereit sein, davon 24 des kleinen, 430 Tonnen großen Typs und sechs U-Boot-Killer etwa 1.000 Tonnen groß. Tatsächlich sind gegenwärtig erst fünf kleine U-Boote einsatzfähig.

Die Wünsche der Bundesmarine laufen darauf hinaus, möglichst schnell etwa zehn Raketen-Korvetten zur Luftabwehr von See aus für die Ostsee zu bekommen. Ferner möchte man möglichst schnell zehn Schnellboote auf Raketen umgebaut und zehn weitere Raketen-Schnellboote neugebaut sehen. Auch die drei in den Vereinigten Staaten in Bau befindlichen Raketenzerstörer sollten nach Ansicht der Flottenkommandos zahlenmäßig aufgestockt und in ihrem Bau beschleunigt werden.

Die hierfür erforderlichen Beträge dürften in der Größenordnung von etwa drei Milliarden DM liegen. Es kann keine Rede davon sein, daß dieses Geld sofort im Bundeshaushalt - und wenn es nur in drei Jahresraten wäre - locker gemacht werden kann. Darüberhinaus hat Bonn es nicht zu verantworten, wenn es in den USA beim Bau der Raketenzerstörer voraussichtlich Lieferungsverzögerungen geben wird, die schon beim ersten Schiff mit etwa einem Jahr angegeben werden können.

Eines aber wäre nunmehr vonnöten: Es muß der Bundesmarine gesagt werden, welche Schiffe zu welchem Zeitpunkt bestellt und geliefert werden können. Die Bemannung moderner Raketenbestückter Schiffe erfordert eine sorgfältige Personal- und Ausbildungspolitik. Dahintersteht eine komplizierte Beschaffung von Ersatzteilen. Das alles muß von langer Hand vorbereitet werden.

Man ist sich in den hohen Marinestäben darüber im klaren, daß Bonn jetzt nicht so schnell wie früher einmal angenommen die teuren Schiffe vergeben kann. Es wäre aber zunächst gut, wenn das Bundesverteidigungsministerium zwei Dinge feststellte: Wie groß ist ein zwingend erforderliches Minimalprogramm an Kriegsschiffen und wann können die schon vergebenen Schiffe tatsächlich von der Marine in Dienst genommen werden? Das nächste Wort hätten Haushaltsausschuß und Verteidigungsausschuß. An ihnen läge es, genau festzustellen, wieviel Kriegsschiffe die deutsche Flotte nun noch bis zu ihrer vorläufigen Endausrüstung erhalten soll und wann diese Schiffe aus finanztechnischen Gründen in Auftrag gegeben werden können. Durch diese Feststellungen würde sehr viel Klarheit bei der Marine selbst geschaffen und auch mancher Leerlauf ausgeschaltet.

Kriminalität nimmt zu

Ein Blick auf die Kriminalstatistik für 1966

Von Karl Meyer

- * Der Verfasser dieses Artikels, Karl Meyer, ist am 6. April *
- * 1967 gestorben. Der Tod ereilte Karl Meyer in einem Augen-
- * blick, als er im Begriff war, einige größere journalisti-
- * sche Arbeiten vorzubereiten. Der nachstehende Beitrag über *
- * das Anwachsen der Kriminalität lag auf Karl Meyers Schreib-
- * tisch, als ihn der Tod aus unserer Mitte riß.

Die Redaktion. *

* * *

Soeben ist, wie alle Jahre, die polizeiliche Kriminalstatistik für den letzten überschaubaren Zeitabschnitt - in diesem Fall das Jahr 1966 - veröffentlicht worden. Es handelt sich um einen Bericht, der, in kleiner Schrift gedruckt, acht volle Seiten im amtlichen BULLETIN in Anspruch nimmt.

Um das Endergebnis vorwegzunehmen: Es wurden 918 4455 Verbrechen und Vergehen registriert (ohne Verkehrs- und Staatsschutz-Delikte). Gegenüber dem Vorjahr 1965 bedeutet das eine Zunahme um 128 126 Straftaten oder um 7,2 Prozent. Die Bevölkerung ist im selben Zeitraum nur um 1,1 Prozent gestiegen.

Bedenkliche Zahlen

Kann man da von einer Zunahme der Kriminalität in der Bundesrepublik sprechen? Man kann und man muß. Und man sollte sich auch Gedanken darüber machen. Auch in den beiden vorausgegangenen Jahren war bereits eine Zunahme zu verzeichnen, aber sie war geringer als diesmal, nicht so alarmierend.

Was man in diesem Zusammenhang wissen muß: auch in anderen Teilen der Welt ist ein Trend wie dieser zu beobachten. Genaueres wissen wir aus den Vereinigten Staaten, neuerdings auch aus den Staaten des Ostblocks.

Als schwerste Straftaten gelten in der Öffentlichkeit noch immer diejenigen, die der Bericht und dem Sammelbegriff "Tötungskriminalität" zusammenfaßt. Der Bericht stellt fest, daß sie leicht rückläufig sei, weist aber zugleich daraufhin, daß dieser Rückgang in erster Linie auf die Verringerung der Zahl der bekanntgewordenen Fälle von Abtreibung zurückzuführen sei, bei der eine besonders hohe Latenz (mit entsprechend hohen Dunkelziffern) besteht. Die Fälle von Mord und Totschlag und auch die Versuche dazu haben dagegen eindeutig zugenommen. Die absoluten Zahlen für die letzten Jahre:

| | |
|---------|--------|
| * 1963: | 1 308, |
| * 1964: | 1 448, |
| * 1965: | 1 556, |
| * 1966: | 1 786. |

Die Zahlen sind bedenklich. Und besonders bedenklich ist dabei ihre ständige Zunahme.

Die Fälle von Raub, räuberischer Erpressung und Autostraßenraub sind noch stärker gestiegen. In diese Gruppe gehören auch die Banküberfälle, von denen es im letzten Jahr eine ganze Anzahl spektakulärer Beispiele gab. Die Zahlen:

| | |
|---------|--------|
| * 1963: | 6 721, |
| * 1964: | 7 248, |
| * 1965: | 7 655, |
| * 1966: | 9 010. |

Also: in wenigen Jahren Zunahme um ein volles Drittel!

Und die Ursachen ?

Was um alles in der Welt ist schuld an dieser Entwicklung? Der Bericht sagt es nicht. Es ist auch nicht seine Aufgabe, sozial-psychologische Analysen zu geben. Das wäre die Aufgabe von Spezialisten. Eins jedenfalls ist ziemlich sicher: Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des letzten Jahres wird man schwerlich als Erklärung heranziehen können. Denn die Zunahme der Zahlen hat schon in einer Zeit eingesetzt, als in der Bundesrepublik noch jedermann von Wohlstandsgesellschaft, Edelfreßwelle, blühender Konjunktur und anderen schönen Sachen sprach.

Ist es so, daß mit zunehmender Entfernung von der schrecklichen Zeit der letzten Kriegsjahre auch die Neigung und die Bereitschaft zur Gewalttat und die Verachtung des anderen Lebens zunehmen?

In den Vereinigten Staaten wird auf zwei Tatsachen hingewiesen, die dort die Kriminalität erklären sollen: einmal die Slums und dann die Wohlstandsgesellschaft. Also zwei völlig divergierende, sich gegenseitig widersprechende Elemente.

Zusammenhänge mit dem Stil der Massenmedien?

Da hier aber ein Trend vorzuliegen scheint, bei den Amerikanern wie bei uns, da es hier wie dort guter Ton zu werden scheint, ein bißchen kriminell zu sein, muß man sich fragen, ob es nicht tieferliegende, aus der gesellschaftlichen Gesamtsituation resultierende Ursachen gibt. Nur, eine der Ursachen liegt so offen zu Tage, daß es unmöglich ist, sie bei einer solchen Betrachtung zu überschauen: Die Krimis, und die Gangsterfilme, die maßlosen Stories in den illustrierten Zeitschriften und der Kult jener verwegenen Helden-Serien im Fernsehen, die dort einen so hohen, offenbar hochbegehrten Anteil des Gesamtstoffes ausmachen.

Die Frage, die sich als nächste geradezu aufdrängt: sind wir an dem Punkt angekommen, wo der jahrelange Crime-Konsum Früchte und Ergebnisse bringt? - Taten und Kriminalität? Nicht zu überraschen ist die Tatsache, daß junge Kriminelle im Verhör unumwunden, ohne jede Scham und ohne jede Vertuschungskünste, ja sogar mit einem gewissen Bildungstolz ihre Motive und Anregungen zu nennen pflegen. Diese Art von Literatur gehört dazu, sie wissen es nicht anders. Ist es Zeit, an Intendanten und Chefredakteure zu appellieren?

Ist der Mensch meßbar?

Der Bericht bietet also Anlaß zum Nachdenken. Er bietet aber gleichzeitig eine Fülle von verblüffenden Einsichten und Feststellungen, wie sie sich übrigens in jedem größeren statistischen Sammel-

werk finden lassen. Gemeint ist die Tatsache, daß der Mensch und daß sogar die Kriminalität beinahe vorausschaubare, vorausberechenbare Größen sind.

Irgendwo brennt mitten in der Nacht eine Scheune ab. War es ein Racheakt? Waren es spielende Kinder? War es einfach ein Unglück? War es ein Landstreicher, der dort ein Nachtquartier gesucht hatte und der vor dem Einschlafen noch eine Zigarette hatte rauchen wollen?

Man sollte meinen, daß die Vielzahl und Verschiedenartigkeit der Möglichkeiten stark wechselnde und schwankende Zahlen in der Kriminalstatistik ergeben müßte. Das genaue Gegenteil ist der Fall. Das Geheimnis der großen Zahl wirkt sich auch hier und gerade hier aus. Die große Zahl schaltet den Zufall aus und führt zu Regelmäßigkeiten. Auf eine vorsätzliche Brandstiftung kommen drei fahrlässige. Das ist beinahe eine Art Gesetzmäßigkeit, (wie ja unsere Verkehrsexperten die Zahl der Verkehrstoten für einen bestimmten Termin - etwa für ein Pfingstfest - geradezu vorausberechnen können).

Hier eine Anzahl solcher frappierenden Übereinstimmungen! Auf jeweils 100 000 Einwohner kamen 1966:

- * 70 Unterschlagungen, im Vorjahr 71,
- * 10 Fälle von Notzucht, Vorjahr 10,
- * 29 Fälle von unzüchtigen Handlungen mit Kindern, Vorjahr 30,
- * 11 Fälle, die der Bericht als "Unzucht zwischen Männern" bezeichnet, Vorjahr 11,
- * 6 Fälle von Kuppelei, Vorjahr 6,
- * 3 Fälle von Zuhälterei, Vorjahr 3,
- * 25 Fälle von Erregung geschlechtlichen Ärgernisses, Vorjahr 25,
- * 52 Fälle von gefährlicher und schwerer Körperverletzung, Vorjahr 51,
- * 23 Fälle von Begünstigung und Hehlerei, Vorjahr 22.

Diese Übereinstimmungen zwischen zwei verschiedenen Jahren sehen sich verblüffend an. Sie könnten über viele andere Sparten fortgesetzt werden und führen immer wieder zu fast gleich großen Zahlen.

Landschaftsgebundene Kriminalität?

Im übrigen werden durch den neuen Bericht einige andere Erfahrungstatsachen bestätigt, die schon in früheren Jahren durch ihre Gesetzmäßigkeit auffielen.

Die Kriminalität in den Großstädten liegt, was beinahe als selbstverständlich hingenommen wird, beträchtlich über derjenigen der mittleren oder kleinen Städte oder gar der rein ländlichen Gebiete.

Die Verschiedenartigkeit der Prozentzahlen schließt nicht aus, daß es eine betont landschaftsgebundene Kriminalität gibt. Auch in dieser Hinsicht enthält der Bericht eine Fülle wertvoller Hinweise und Beiträge zur Soziologie der Delikte.

Typische Großstadt-Delikte: Zuhälterei, Rauschgiftverbrechen, Diebstahl aus Kaufhäusern und Selbstbedienungsläden, Taschendiebstähle usw.

Typische Mittelstadt-Delikte: Einfache und schwere passive Be-

stechung, Tötung neugeborener Kinder, Verbreitung von Falschgeld.

Typische Kleinstadt-Delikte: Sprengstoff-, Munitions- und Waffen-Diebstahl (Gelegentlich durch Kasernen?), schwerer Diebstahl in Banken, Sparkassen und Geldinstituten anderer Art.

Typische Landgebiet-Delikte: Fahrlässige Tötung, fahrlässige Brandstiftung, vorsätzliche Brandstiftung, Körperverletzung mit tödlichem Ausgang.

Mann und Frau

Einen tröstlichen, wenn auch für den Fachmann nicht überraschenden Schluß kann der Beobachter aus der Aufschlüsselung der Täter nach dem Geschlecht ziehen. Zum Glück darf festgestellt werden, daß sich die Frauen und Mädchen der Bundesrepublik gegenüber dem Gesetz weit braver und loyaler verhalten als die Männer. Die Kriminellen machen dem Staat viel Schwierigkeiten und viel Kosten. Ihretwegen muß eine speziell ausgebildete Polizei da sein. Ihretwegen muß eine kostspielige Apparatur (Erkennungsdienst, Computer, Großfahndungen... um nur einige Stichworte zu nennen) da sein. Der Täter kostet Geld. Seine Suche kostet Geld. Seine Aburteilung kostet Geld. Seine Verwahrung im Gefängnis kostet Geld.

Die Kriminalstatistik, die hier vorliegt, teilt die Täter, die ermittelt wurden, in vier Gruppen ein: Erwachsene, Heranwachsende, Jugendliche und Kinder. Dann findet eine weitere Unterteilung nach männlich oder weiblich statt.

Hier die Ergebnisse: Bei den Erwachsenen waren es fünfmal mehr Männer als Frauen, die sich strafbar machten. Bei den Heranwachsenden war die Gruppe der jungen Männer elfmal so groß wie die der jungen Mädchen. Bei den Jugendlichen: neunmal soviel junge Männer wie Mädchen.

Es gibt auch eine Kriminalität der Kinder in der Bundesrepublik, und sie ist nicht ganz klein. Der Bericht registriert 46 213 Täter männlichen Geschlechts und zählt die Delikte in folgender Reihenfolge auf: Vorsätzliche Brandstiftung, Fahrrad- und -gebrauchs-Diebstahl, fahrlässige Brandstiftung, schwerer Diebstahl in Boden- und Kellerräumen, Sachbeschädigung, Sprengstoff-, Munitions- und Waffen-Diebstahl, Diebstahl in Kaufhäusern und Selbstbedienungsläden usw.

Die Zahl der weiblichen Kinder, die als Täter ermittelt wurden, macht den achten Teil aus: 5 782. Bei dieser Täterinnengruppe steht oben an der "einfache Diebstahl", vorwiegend in Kaufhäusern und Selbstbedienungsläden ausgeübt. Dieser leichteren Diebstähle machten sich 71 Prozent der gesamten Gruppe schuldig. Es folgen der schwere Diebstahl, die fahrlässige Brandstiftung, die sich jedoch auf drei Prozent der kriminellen Kinder weiblichen Geschlechts beschränkt, während es bei den Jungen 19,8 Prozent sind. Schließlich sind bei den weiblichen Kindern noch Betrug und Urkundenfälschung festgestellt. Vorsätzliche Brandstiftung und Sittlichkeitsdelikte wurden bei den weiblichen Kindern nicht festgestellt.